



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 1. Sitzung, Amtsjahr 2007-2008

Mittwoch, den 7. Februar 2007, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin

Abwesende:

7. Februar 2007, 09:00 Uhr *Isabel Koellreuter (SP), Dominique König (SP), Lorenz Nägelin (SVP), Paul Roniger (CVP), Tanja Soland (SP).*

7. Februar 2007, 15:00 Uhr *Hermann Amstad (SP), Isabel Koellreuter (SP), Dominique König (SP), Felix Meier (FDP), Lorenz Nägelin (SVP), Paul Roniger (CVP), Gisela Traub (SP), Ruth Widmer (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.	3
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.	3
3.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen.	5
4.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch.	5
5.	Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Brigitte Strondl)	5
6.	Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Gabi Mächler).	5
7.	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Gabi Mächler).	6
8.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Kommissionsmehrheit) zum Bericht Nr. 04.1871.03 des Regierungsrates zur unformulierten Initiative "Ja zum Trolleybus", zum Ratsschlag und Entwurf im Sinne eines Gegenvorschlags.	7
19.	Neue Interpellationen.	8

8.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Kommissionsmehrheit) zum Bericht Nr. 04.1871.03 des Regierungsrates zur unformulierten Initiative "Ja zum Trolleybus", zum Ratschlag und Entwurf im Sinne eines Gegenvorschlags.	9
9.	Ratschlag betreffend Gewährung von Globalbeiträgen an das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) für die Jahre 2007 bis 2009. Partnerschaftliches Geschäft	12
10.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Bericht und Ratschlag Nr. 06.0622.01 zur aktuellen Situation im Drogenbereich sowie Betriebskostenbeiträge an die Suchthilfe Region Basel für die Jahre 2007 bis 2009 für die folgenden Einrichtungen: Kontakt- und Anlaufstellen (K+A), Drop In (Ambulante Beratung und Behandlung), Step Out (Nachsorgestelle).	13
11.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ausgabenbericht Nr. 06.1772.01 betreffend eines Kredits für die Umstellung auf Fallpauschalen DRG im Universitätsspital Basel (USB).	14
12.	Ausgabenbericht betreffend Staatsbeitrag an die Stiftung Wildt'sches Haus für die Jahre 2007 - 2011.	14
13.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 06.0468.01 betreffend Gewährung von Subventionen für den Betrieb je eines Quartiertreffpunkts für die Jahre 2007 bis 2009 an 12 Quartiertreffpunkte.	15
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	17
	Anhang B: Neue Vorstösse	20

Antrittsrede der Grossratspräsidentin

Voten: *Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin*

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[07.02.07 09:24:35, MGT]

Mitteilungen

Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin: ich habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Besonders begrüsse ich als neues Mitglied des Grossen Rates **Mehmet Turan** (SP), welcher den Sitz der zurückgetretenen Gabi Mächler einnimmt. Ich wünsche Mehmet Turan in der Ausübung seines Amtes viel Erfolg und Befriedigung [*Applaus*].

Rücktritte

Es sind folgende **Rücktritte** eingegangen:

- Brigitte Strondl als Mitglied der Petitionskommission per sofort
- Edith Buxtorf-Hosch als Mitglied des Grossen Rates auf Ende Februar 2007

Bildaufnahmen

Ich habe Telebasel gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

Neue Interpellationen

Es sind 6 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellation Nr. 3 wird mündlich beantwortet.

Geburtstag

Am heutigen 7. Februar feiert der Präsident unserer Finanzkommission, Baschi Dürr, seinen 30. Geburtstag. Mit dem 30. Geburtstag geht das Vorrecht des jugendlichen Übermutes unweigerlich verloren. Was bleibt, ist der jugendliche Elan. Darüber freuen wir uns mit Baschi Dürr und danken ihm sehr herzlich, dass er heute morgen den Kaffee spendet. [*Applaus*]

Tagesordnung

Das Büro beantragt Ihnen, die Beantwortung der Interpellationen 99, 103 und 104 (Traktanden 25 - 27 betreffend Liegenschaft Feldbergstrasse 1 - 5) und die Beantwortung der Interpellationen 101 und 102 (Traktanden 31 und 32 betreffend Deep Heat Mining) jeweils gemeinsam zu behandeln, weil der Regierungsrat diese in je einem Schreiben beantwortet hat.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[07.02.07 09:28:03, ENG]

Zuweisungen

Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission: beantragt in Absprache mit dem Präsidenten der Gesundheits- und Sozialkommission, den Ratschlag und Entwurf zur Liquidation der Kantonalen Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie den Nachtragskredit für die Renditegarantie der Kantonalen Alters- und Hinterlassenenversicherung für das Jahr 2002 (05.1927.02) nicht der Gesundheits- und Sozialkommission, sondern der Finanzkommission mit einem Mitbericht der Gesundheits- und Sozialkommission zuzuweisen.

Andreas Burckhardt (LDP): beantragt, das Geschäft der Gesundheits- und Sozialkommission zuzuweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen, das Geschäft 05.1927.02 der **Finanzkommission** mit einem Mitbericht der Gesundheits- und Sozialkommission zuzuweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss dem bereinigten Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Stellungnahme des Regierungsrates zum Bericht der GPK für das Jahr 2005 zum 172. Verwaltungsbericht des Regierungsrates, zum 159. Bericht des Appellationsgerichts, zum 18. Bericht des Ombudsman und über besondere Wahrnehmungen. (06.5251.02, 06.5251.03)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Alexander Gröflin betreffend Berufsbildung in der Kantonalen Verwaltung. (FD, 06.5308.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Thomas Mall betreffend Trinkwasserversorgung. (BD, 06.5279.02)
- Rücktritt per 31. März 2007 von Markus G. Ritter als Mitglied des Erziehungsrates Basel-Stadt. (Auf den Tisch des Hauses) (07.5010.01)
- Rücktritt per 31. Januar 2007 von Brigitte Strondl als Mitglied der Petitionskommission. (Auf den Tisch des Hauses) (07.5019.01)
- Rücktritt per 28. Februar 2007 von Edith Buxtorf-Hosch als Mitglied des Grossen Rates. (Auf den Tisch des Hauses) (07.5025.01)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend Erneuerung der Bausubstanz – neue und grössere Wohnungen für Basel (stehen lassen). (BD, 04.8049.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Paul Roniger und Konsorten betreffend Gebührenerhebungen im Kanton Basel-Stadt (stehen lassen). (FD, 04.8064.02)
- Bericht der Begnadigungskommission über die Ablehnung eines Begnadigungsgesuches (Nr. 1668). (BegnKo)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Andreas Ungricht betreffend besseren Trainingsraum für Schwinger und Jungschwinger. (ED, 06.5274.02)
- Nachrücken von Mehmet Turan als Mitglied des Grossen Rates (Nachfolge Gabi Mächler) (06.5372.02)

3. Bestätigung von Bürgeraufnahmen.

[07.02.07 09:30:55, JD, 06.2055.01, EIN]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat zwei Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (insgesamt 7 Personen), unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Gemeinde Riehen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Die bestätigten Bürgeraufnahmen sind im Kantonsblatt Nr. 12 vom 10. Februar 2007 publiziert.
--

4. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch.

[07.02.07 09:32:07, BegnKo, BEG]

Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch Nr. 1669 abzulehnen und B. T. nicht zu begnadigen.

Für den Beschluss über Begnadigungsgesuche ist die Anwesenheit von mindestens 80 Mitgliedern erforderlich.

Voten: *Doris Gysin, Präsidentin der Begnadigungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen, das Gesuch Nr. 1669 abzuweisen und B.T. nicht zu begnadigen.

5. Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Brigitte Strondl)

[07.02.07 09:38:02, WAH]

Die SP-Fraktion nominiert Beatriz Greuter (SP) als Mitglied der Petitionskommission.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Wahl offen durchzuführen.

Der Grosse Rat wählt

mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen **Beatriz Greuter** als Mitglied der Petitionskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Gabi Mächler).

[07.02.07 09:39:40, WAH]

Die SP-Fraktion nominiert Guido Vogel (SP) als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Wahl offen durchzuführen.

Der Grosse Rat wählt

mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung **Guido Vogel** als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Gabi Mächler).

[07.02.07 09:40:57, WAH]

Die Fraktion Grünes Bündnis nominiert Michael Wüthrich (Grünes Bündnis) als Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.

Abstimmung

61 Mitglieder stimmen für geheime Wahl,

50 Mitglieder stimmen für offene Wahl.

Damit beschliesst der Grosse Rat, die Wahl geheim durchzuführen.

Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin: ich schlage Ihnen folgende Mitglieder des Grossen Rates als Wahlbüro vor: André Weissen als Präsidenten, Annemarie von Bidder für die Sektoren I+V, Felix Meier (Sektor II), Andreas Ungricht (Sektor III) und Hasan Kanber (Sektor IV).

Ich bitte die Stimmzählenden die Wahlzettel auszuteilen.

Wahlergebnis

Ergebnis des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	123
Eingegangene Wahlzettel	123
Ungültige Wahlzettel	2
Gültige Wahlzettel	121
Absolutes Mehr	61
Stimmen haben erhalten:	
Michael Wüthrich	58
Thomas Baerlocher	18
Brigitte Strondl	13
Vereinzelte	29
Leere Stimmen	3

Es findet sofort ein zweiter Wahlgang statt.

Thomas Baerlocher (SP): teilt mit, dass er nicht als Präsident der UVEK zur Verfügung steht.

Besuch auf der Zuschauertribüne

Die Präsidentin begrüsst auf der Zuschauertribüne die Klasse 1e des Gymnasiums Leonhard.
[Applaus].

Wahlergebnis

Ergebnis des II. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	125
Eingegangene Wahlzettel	125
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	125
Absolutes Mehr	63
Gewählt ist:	
Michael Wüthrich , mit	63 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Brigitte Strondl	36
Vereinzelte	13
Leere Stimmen	13

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Kommissionsmehrheit) zum Bericht Nr. 04.1871.03 des Regierungsrates zur unformulierten Initiative "Ja zum Trolleybus", zum Ratschlag und Entwurf im Sinne eines Gegenvorschlags.

[07.02.07 10:28:02, UVEK, WSD, 04.1871.04 04.7808.03 05.8150.04 03.1666.05, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates (Kommissionsmehrheit) und der Regierungsrat beantragen, auf den Bericht einzutreten und im Sinne eines Gegenvorschlags zur unformulierten Initiative „Ja zum Trolleybus“ das Gesetz über den öffentlichen Verkehr teilweise zu ändern, einen Beitrag von CHF 1'500'000 für eine Gasbetankungsanlage zu beschliessen und ein Darlehen von CHF 5'000'000 an die BVB für die Beschaffung von 26 Gasbussen zu beschliessen.

Die Kommissionsminderheit beantragt, einen Kredit von CHF 3'000'000 für die Elektrifizierung eines Teils der Buslinie 30 zu beschliessen und ein Darlehen von CHF 11'000'000 an die BVB für die Beschaffung von 13 Trolleybussen und 13 Gasbussen zu gewähren.

Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin: beantragt dem Rat, wie folgt vorzugehen:

Damit wir wissen, welcher Gegenvorschlag weiter bearbeitet werden soll, müssen wir zuerst über die im Kommissionsbericht als Beschlüsse II (Seiten 23-26) bezeichneten Anträge beschliessen.

Als Beschlüsse II finden Sie einen Mehrheits- und einen Minderheitsantrag, die von zwei unterschiedlichen Systemen (Gas- oder Trolleybusse) ausgehen. Hier müssen wir einen Grundsatzentscheid treffen.

Ich schlage Ihnen deshalb vor, nach dem Eintreten zuerst darüber abzustimmen, ob wir den Gegenvorschlag der Kommissionsmehrheit oder jenen der Minderheit übernehmen.

Den obsiegenden Gegenvorschlag unterziehen wir einer Bereinigung, indem wir ihn im Detail durchberaten.

Danach stimmen wir über den Grossratsbeschluss I ab. Hier beschliessen wir bei Ziffer 1, ob wir einen

Gegenvorschlag vorlegen oder nicht. Nach dieser Grundsatzentscheidung (hier wissen wir ja, ob wir als Alternative den Gas- oder den Trolleybusbeschluss vorlegen) gehen wir in die Detailberatung des Beschlussentwurfes I und dann in die Schlussabstimmung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, so vorzugehen.

Voten: *Stephan Gassmann, Sprecher der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Mehrheit); Stephan Maurer, Sprecher der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Minderheit); RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Eduard Rutschmann (SVP); Christoph Wydler (EVP); Michael Martig (SP); Peter Zinkernagel (LDP); Marcel Rünzi (CVP); Michael Wüthrich (Grünes Bündnis); Christian Egeler (FDP); Emmanuel Ullmann (FDP); Jörg Vitelli (SP)*

Zwischenfrage von Eduard Rutschmann (SVP).

Fortsetzung der Eintretensdebatte am Nachmittag nach dem Geschäft 19 (Neue Interpellationen).

Sitzungsunterbruch: 12.02 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung

Mittwoch, 7. Februar 2007, 15:00 Uhr

19. Neue Interpellationen.

[07.02.07 15:03:56]

Interpellation Nr. 1 Heinrich Ueberwasser betreffend dem vorläufigen Abbruch des Bohrturms und die "Denkpause" für das ganze Projekt Deep Heat Mining in Basel (Kleinhüningen)

[07.02.07 15:03:56, 06.5401, NIN]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 2 Conradin Cramer betreffend verfassungsrechtliches Öffentlichkeitsprinzip und vorläufige Geheimhaltung von Expertenberichten zu den Erdbeben in Basel

[07.02.07 15:04:36, 07.5015, NIN]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 3 Stephan Gassmann betreffend Auswirkungen für das Kabelnetz Basel im Zusammenhang mit der Löschung von Fernsehsendern durch die Cablecom

[07.02.07 15:05:10, 07.5016, NIN]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Stephan Gassmann (CVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 07.5016 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 4 Christophe Haller betreffend Stärkung des Wirtschaftsraums Nord-Nordwestschweiz durch verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und intensivierte interkantonale Zusammenarbeit

[07.02.07 15:08:32, 07.5018, NIN]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 5 Alexander Gröflin betreffend Velo-, Mofa- und Rollerparkzonen

[07.02.07 15:09:04, 07.5024, NIN]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Alexander Gröflin (SVP)*

Interpellation Nr. 6 Claude François Beranek betreffend 491 erstellter WB-Rapporte der Kantonspolizei

[07.02.07 15:11:20, 07.5027, NIN]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

8. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Kommissionsmehrheit) zum Bericht Nr. 04.1871.03 des Regierungsrates zur unformulierten Initiative "Ja zum Trolleybus", zum Ratschlag und Entwurf im Sinne eines Gegenvorschlags.

[07.02.07 15:11:46, UVEK, WSD, 04.1871.04 04.7808.03 05.8150.04 03.1666.05, BER]

Fortsetzung der Beratungen

Voten: *Beat Jans (SP); Rolf Stürm (FDP); Guido Vogel (SP); Andrea Bollinger (SP); Helmut Hersberger (FDP); Jörg Vitelli (SP); RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Stephan Maurer, Sprecher der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Minderheit); Stephan Gassmann, Sprecher der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Mehrheit)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 60 gegen 51 Stimmen, bezüglich dem Gegenvorschlag den Antrag der **Kommissionsmehrheit** als Beschlussgrundlage in der Detailbehandlung zu bearbeiten und den Antrag der Kommissionsminderheit nicht weiter zu verfolgen.

Detailberatung

Grossratsbeschluss II (Gegenvorschlag)

Titel und Ingress

1. Gesetz über den öffentlichen Verkehr,
Ziffer 1, Ziffer 2
2. Beschluss des Grossen Rates über die Ausgabe von CHF 1'500'000 für eine Gasbetankungsanlage:
keine Wortmeldungen
3. Beschluss des Grossen Rates über die Gewährung eines Darlehens von höchstens CHF 5'000'000 an die BVB für die Beschaffung von 26 Gasbussen,
Ziffer 1, Ziffer 2

keine Wortmeldungen.

Der Gegenvorschlag des Grossen Rates lautet wie folgt:

[Variante nur Mehrheit dargestellt]

1. Gesetz über den öffentlichen Verkehr

I.

Das Gesetz über den öffentlichen Verkehr vom 10. März 2004 wird gemäss Antrag der Kommission und unter Berücksichtigung der vom Rat genehmigten Änderungen geändert.

II.

Diese Änderung wird nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

2. Ausgabe von CHF 1'500'000 für eine Gasbetankungsanlage

An den Bau einer Gasbetankungsanlage auf dem Gelände der Garage Rankhof durch die IWB wird als Beitrag ein à fond perdu Kredit von maximal CHF 1'500'000, respektive maximal 50% der Bausumme, zulasten der Rechnung 2007 des Wirtschafts- und Sozialdepartements, Departementssekretariat, bewilligt.

3. Gewährung eines Darlehens von höchstens CHF 5'000'000 an die BVB für die Beschaffung von 26 Gasbussen

Der Regierungsrat wird ermächtigt, den BVB für die Beschaffung von 26 Gasbussen als Ersatz für die Trolleybusse, alten Gasbusse und älteren Dieselbusse ein verzinsliches und rückzahlbares Darlehen in der Höhe von höchstens CHF 5'000'000 zu gewähren.

Detailberatung

Grossratsbeschluss I (Initiative)

Titel und Ingress: keine Wortmeldungen

Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin: Jörg Vitelli beantragt, auf einen Gegenvorschlag zu verzichten, Ziffer 1 wie folgt zu fassen: "Die von 7'157 Stimmberechtigten eingereichte unformulierte Initiative „Ja zum Trolleybus (Trolleybus-Initiative)“ wird nicht ausformuliert; sie ist der Gesamtheit der Stimmberechtigten ohne Gegenvorschlag vorzulegen." und die Ziffer 3 zu streichen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 61 gegen 42 Stimmen, den Antrag Jörg Vitelli abzulehnen und die Initiative mit einem Gegenvorschlag zur Abstimmung zu bringen.

Ziffer 2 und 3: keine Wortmeldungen

Publikationsklausel: keine Wortmeldungen

Schlussabstimmung

Der Grosse Rat beschliesst

mit 73 gegen 38 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Die von 7'157 Stimmberechtigten eingereichte unformulierte Initiative „Ja zum Trolleybus (Trolleybus-Initiative)“ wird nicht ausformuliert; sie ist der Gesamtheit der Stimmberechtigten zusammen mit dem vom Grossen Rat am 7. Februar 2007 beschlossenen formulierten Gegenvorschlag vorzulegen.
2. Der Text der unformulierten Initiative „Ja zum Trolleybus (Trolleybus-Initiative)“ lautet: „Gestützt auf § 28 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 2. Dezember 1889 reichen die unterzeichneten im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Stimmbürgerinnen und Stimmbürger folgende unformulierte Initiative ein:
 - Das System Trolleybus ist aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln.
 - Bei der Beschaffung von Fahrzeugen als Ergänzung zum Tram ist der Steigerung der Wohn- und Lebensqualität (weniger Lärm, keine Abgase) besonderes Gewicht beizumessen.“
3. Die unformulierte Initiative ist zusammen mit dem formulierten Gegenvorschlag des Grossen Rates der Gesamtheit der Stimmberechtigten vorzulegen. Für den Fall, dass sowohl die unformulierte Initiative als auch der formulierte Gegenvorschlag angenommen werden, haben die Stimmberechtigten zu entscheiden, welche der beiden Vorlagen sie vorziehen. Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten, die unformulierte Initiative zu verwerfen und den formulierten Gegenvorschlag anzunehmen. Wenn die unformulierte Initiative zurückgezogen wird, ist der formulierte Gegenvorschlag nochmals zu publizieren und wird dem fakultativen Referendum unterliegen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Die Teilrevision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) ist im Kantonsblatt Nr. 12 vom 10. Februar 2007 publiziert

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, den Anzug Gabi Mächler und Konsorten betreffend ein unabhängiges Gutachten zu den ökologischen und ökonomischen Folgen anstehender Busflottenentscheide (05.8150) sowie den Anzug Thomas Baerlocher und Konsorten betreffend Einsatz von Autobussen mit Brennstoffzellen (04.7808) als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Gabi Mächler abzuschreiben.

Der Anzug 05.8150 ist **erledigt**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Thomas Baerlocher abzuschreiben.

Der Anzug 04.7808 ist **erledigt**.

9. Ratschlag betreffend Gewährung von Globalbeiträgen an das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) für die Jahre 2007 bis 2009. Partnerschaftliches Geschäft

[07.02.07 16:00:33, FKom, GD, 06.1703.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Bericht einzutreten und für die Jahre 2007 bis 2009 einen jährlich wiederkehrenden Kredit für die Abgeltung ungedeckter Kosten der Spitalbehandlung baselstädtischer Patientinnen und Patienten in der Allgemeinen Abteilung zu bewilligen und für die Abgeltung der übrigen Leistungen einen jährlichen Globalbeitrag von CHF 3'500'000 zu bewilligen.

Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin: Die Finanzkommission schlägt dem Grossen Rat im Einvernehmen mit dem Gesundheitsdepartement vor, den Beschluss zum Ratschlag betreffend Gewährung von Globalbeiträgen an das UKBB für die Jahre 2007 bis 2009 in abgeänderter Form vorzulegen. Insbesondere wurde die Ziffer 1 des Beschlussentwurfs aus dem Ratschlag ersatzlos gestrichen. Dasselbe ist auch im Landrat vorgesehen (partnerschaftliches Geschäft). Der abgeänderte Beschluss wurde Ihnen verteilt.

Voten: *Susanna Banderet-Richner, Referentin der Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Abgeltung der übrigen Leistungen wird für die Jahre 2007 bis 2009 – vorbehältlich einer analogen Beschlussfassung durch den Landrat des Kantons Basel-Landschaft – ein jährlicher maximaler Globalbeitrag von CHF 3'500'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

10. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Bericht und Ratschlag Nr. 06.0622.01 zur aktuellen Situation im Drogenbereich sowie Betriebskostenbeiträge an die Suchthilfe Region Basel für die Jahre 2007 bis 2009 für die folgenden Einrichtungen: Kontakt- und Anlaufstellen (K+A), Drop In (Ambulante Beratung und Behandlung), Step Out (Nachsorgestelle).

[07.02.07 16:09:05, GSK, GD, 06.0622.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates und der Regierungsrat beantragen, auf den Bericht einzutreten und der Suchthilfe der Region Basel Betriebskostenbeiträge für die Jahre 2007 bis 2009 von jährlich CHF 2'965'000 zu gewähren.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission; Martina Saner (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, der Suchthilfe Region Basel für den Betrieb der drei Kontakt- und Anlaufstellen, der Beratungsstelle Drop In sowie der Nachsorgestelle Step Out für die Jahre 2007 bis 2009 eine nicht indexierte Subvention in Höhe von CHF 2'965'000 p.a. auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

11. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ausgabenbericht Nr. 06.1772.01 betreffend eines Kredits für die Umstellung auf Fallpauschalen DRG im Universitätsspital Basel (USB).

[07.02.07 16:22:06, GSK, GD, 06.1772.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates und der Regierungsrat beantragen, auf den Bericht einzutreten und zur Realisierung des Projekts einen Kredit von CHF 975'000 zu bewilligen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission; Annemarie Pfister (Grünes Bündnis); Thomas Mall (LDP); Rolf Stürm (FDP); RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Zur Realisierung des Projektes „Umstellung Fallpauschalen DRG“ wird ein Kredit von CHF 975'000, aufgeteilt auf die Jahre 2007 (CHF 350'000) und 2008 (CHF 625'000) zulasten des Gesundheitsdepartementes, Universitätsspital Basel, Budgetposition 731001000003 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Ausgabenbericht betreffend Staatsbeitrag an die Stiftung Wildt'sches Haus für die Jahre 2007 - 2011.

[07.02.07 16:44:01, FKom, ED, 06.1568.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission beantragen, auf den Ausgabenbericht einzutreten und für die Jahre 2007 bis 2011 einen Staatsbeitrag von jährlich CHF 85'000 zu gewähren.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, der Stiftung Wildt'sches Haus in den Jahren 2007 bis 2011 einen nicht indexierten Staatsbeitrag in der Höhe von maximal CHF 85'000 p.a. (KSt 2718110 / Kostenart 365100 / Auftrag 271811000015) auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

13. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 06.0468.01 betreffend Gewährung von Subventionen für den Betrieb je eines Quartiertreffpunkts für die Jahre 2007 bis 2009 an 12 Quartiertreffpunkte.

[07.02.07 16:45:52, BKK, ED, 06.0468.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und in den Jahren 2007 bis 2009 zwölf Trägerschaften insgesamt CHF 2'760'000 für den Betrieb eines Quartiertreffpunktes auszurichten.

Die CVP-Fraktion beantragt, im Jahr 2007 gesamtthaft CHF 800'000 auszurichten.

Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest, in den Jahren 2007 bis 2009 zwölf Trägerschaften insgesamt CHF 2'400'000 (CHF 800'000 p.a.) auszurichten.

Voten: *Doris Gysin, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission; Oskar Herzig (SVP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Lukas Engelberger (CVP); Martin Lüchinger (SP); Anita Lachenmeier-Thüring (Grünes Bündnis); Urs Joerg (EVP); Hansjörg M. Wirz (DSP); Daniel Stolz (FDP); Oswald Inglin (CVP); Patrick Hafner (SVP); Beat Jans (SP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Zwischenfrage von Rolf Häring (Grünes Bündnis).

Voten: *Doris Gysin, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Abstimmung

57 Mitglieder stimmen für den Antrag des Regierungsrates,

25 Mitglieder stimmen für den Antrag der CVP Fraktion.

Damit wird der obsiegende Antrag des Regierungsrates dem Antrag der Kommission gegenüber gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 64 gegen 44 Stimmen, dem Antrag der Kommission zu folgen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 24 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt wird ermächtigt, den folgenden zwölf Trägerschaften für den Betrieb je eines Quartiertreffpunktes in den Jahren 2007 bis 2009 gesamthaft CHF 2'760'000 (CHF 920'000 p.a.) auszurichten:

1.	Verein Treffpunkt Breite	CHF 90'000
2.	Verein Familienzentrum Gundeli	CHF 90'000
3.	Verein Kontaktstelle für Eltern und Kinder Basel-West	CHF 90'000
4.	Verein Quartiertreffpunkt Kasernenareal	CHF 90'000
5.	Verein Burg am Burgweg	CHF 90'000
6.	Trägerverein QuBa (Quartierzentrum Bachletten)	CHF 90'000
7.	Verein Quartiertreffpunkt Davidseck	CHF 90'000
8.	Verein Quartiertreffpunkt Kleinhüningen	CHF 90'000
9.	Trägerschaft Eltern Kind Zentrum MaKly	CHF 50'000
10.	Verein Begegnungszentrum Kleinbasel UNION	CHF 50'000
11.	Verein Quartier-Treffpunkt Hirzbrunnen	CHF 50'000
12.	Verein Eltern Centrum Hirzbrunnen ELCH	CHF 50'000

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Schriftliche Anfragen

Es ist folgende Schriftliche Anfrage eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Michael Wüthrich betreffend Langsamverkehr während und nach der EURO'08 (07.5031).

Die Schriftliche Anfrage wird dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der Sitzung: 18:05 Uhr

Basel, 8. Februar 2007

Brigitta Gerber
Grossratspräsidentin

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen.		JD	06.2055.01
2.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1661).	BegnKo		
3.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Doris Gysin und Konsorten betreffend Schaffung eines Rahmengesetzes für die Strukturen von überkantonalen öffentlich-rechtlichen Institutionen.		FD	02.7376.03
4.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Pius Marrer und Konsorten betreffend obligatorische low-budget-Alternative bei Finanzvorlagen an den Grossen Rat.		FD	04.8063.02
5.	Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Alexandra Nogawa-Staehelin und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend eines Moratoriums für die Aufstellung von GSM- und UMTS-Antennen in bewohnten Gebieten im Kanton Basel-Stadt.		BD	04.8045.02
6.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kurt Bachmann und Konsorten betreffend eines Konzeptes, der zunehmenden Gewalt und hinterhältigen Angriffen auf Polizisten mit wirksamen Instrumenten zu begegnen und durch Gesetzesänderungen den Schutz der Bewohner und deren Eigentum in unserem Kanton besser zu gewährleisten.		FD	03.7745.03
7.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Wirz und Konsorten betreffend Überprüfung des neu gestalteten Centralbahnplatzes in Bezug auf die Sicherheit und auf die Funktionalität.		BD	04.8083.02
8.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jürg Merz und Konsorten betreffend Bekämpfung von Übergewicht in der Bevölkerung, insbesondere von Jugendlichen.		GD	04.8114.02
9.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Kommissionsmehrheit) zum Bericht Nr. 04.1871.03 des Regierungsrates zur unformulierten Initiative „Ja zum Trolleybus“, zum Ratschlag und Entwurf im Sinne eines Gegenvorschlages 1. zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (Steigerung der Wohn- und Lebensqualität / Abgasgrenzwerte); 2. zu einem Beschluss über einen Beitrag von CHF 1'500'000 für eine Gasbetankungsanlage und 3. zu einem Beschluss über die Gewährung eines Darlehens von höchstens CHF 5'000'000 an die BVB für die Beschaffung von 26 Gasbussen sowie Bericht zu zwei Anzügen und Bericht der Kommissionsminderheit.	UVEK	WSD	04.1871.04 04.7808.03 05.8150.04 03.1666.05
10.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Bericht und Ratschlag Nr. 06.0622.01 zur aktuellen Situation im Drogenbereich sowie Betriebskostenbeiträge an die Suchthilfe Region Basel für die Jahre 2007 bis 2009 für die folgenden Einrichtungen: Kontakt- und Anlaufstellen (K+A), Drop In (Ambulante Beratung und Behandlung), Step Out (Nachsorgestelle).	GSK	GD	06.0622.02
11.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ausgabenbericht Nr. 06.1772.01 betreffend eines Kredits für die Umstellung auf Fallpauschalen DRG im Universitätsspital Basel (USB).	GSK	GD	06.1772.02
12.	Ausgabenbericht betreffend Staatsbeitrag an die Stiftung Wildt'sches Haus für die Jahre 2007 – 2011.	FKom	ED	06.1568.01
13.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 06.0468.01 betreffend Gewährung von Subventionen für den Betrieb je eines Quartiertreffpunkts für die Jahre 2007 bis 2009 an 12 Quartiertreffpunkte.	BKK	ED	06.0468.02
14.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P235 „Unbezahlte Verpflegungspause“.	PetKo		06.5158.02

Überweisung an Kommissionen

15.	Bericht des Regierungsrates betreffend die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kanton und Einwohnergemeinden und Ratschläge betreffend A Schaffung eines Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) und Änderung des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz) vom 12. April 2000 B Änderung des Schulgesetzes vom 4. April 1929 C Änderungen des Gemeindegesetzes vom 17. Oktober 1984.	A: FKom Mitbe- richt WAK	JD	03.1664.01 03.7603.02
		B: BKK	ED	06.1448.01
		C: Spez- Ko Ver- fassung	JD	03.1664.03
16.	Ratschlag Rahmenkredit für eine Beteiligung von 50% an der Biopower Nordwestschweiz AG sowie die Realisierung verschiedener Biomasse-Vergärungsanlagen in der Region.	UVEK	BD	06.2009.01
17.	Ratschlag betreffend Finanzierung des Vorhabens Innenstadt – Qualität im Zentrum zur Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts und des Vorhabens aus dem Aktionsprogramm Stadtentwicklung Neues Verkehrsregime Innenstadt sowie Bericht des Regierungsrates zu fünf Anzügen.	UVEK	BD	05.0865.01 02.7084.03 04.8022.02 04.8027.02 05.8350.02 05.8405.02
18.	Ratschlag betreffend Investitionsbeitrag für die Restfinanzierung des Ersatzstandorts für den Hafen St. Johann im Rahmen des Projekts „Neunutzung Hafen St. Johann – Campus Plus“.	BRK Mitbe- richt WAK	WSD	05.1445.03
19.	Ratschlag betreffend Kredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel sowie Bericht zu den Anzügen Brigitta Gerber und Konsorten betreffend EURO 2008 in Basel: Sicherheit durch Prävention und Fanbetreuung; Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend EURO 08 ohne Zwangsprostitution.	JSSK	ED	06.1974.01 04.8082.02 06.5195.02
20.	Ratschlag und Entwurf Liquidation der Kantonalen Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie Nachtragskredit für die Renditegarantie der Kantonalen Alters- und Hinterlassenenversicherung für das Jahr 2002.	GSK	WSD	05.1927.02
21.	Ratschlag Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung (Berufsfachschulvereinbarung, BFSV).	BKK	ED	06.1194.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

22.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen.		JD	07.0015.01
23.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Zusammenlegung der Geschäftsbereiche Stadtreinigung Autobahnunterhalt (BS) und Hochleistungsstrassen (BL).		BD	05.8364.02
24.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Ebner und Konsorten betreffend Weitergabe der Sockelbeiträge des Kantons Basel-Stadt durch die Zusatzversicherungen an die Versicherten.		GD	04.8055.02
25.	Schreiben der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Anzug Oscar Battegay und Konsorten betreffend Errichtung eines Schwimmbadzentrums auf dem Gelände der Sportanlage St. Jakob.	JSSK		01.6897.03
26.	Anzüge:			
a)	Urs Schweizer und Konsorten betreffend CO2-Reduktion beim Gebäudepark;			07.5002.01
b)	Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen zur Zollfreien Strasse;			07.5009.01
c)	Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Schutz vor Gewalt und sexuellen Übergriffen an Kindern;			07.5012.01

- | | | |
|----|--|------------|
| d) | Christian Egeler und Konsorten betreffend Dringlichkeit von Gleiserneuerungen und Werkleitungersatz; | 07.5013.01 |
| e) | Gabi Mächler und Jürg Stöcklin zur Anwendung des Planungsanzugs auf das ÖV-Programm. | 07.5020.01 |

Kenntnisnahme

- | | | | |
|-----|---|----|--------------------------|
| 27. | Stellungnahme des Regierungsrates zum Bericht der GPK für das Jahr 2005 zum 172. Verwaltungsbericht des Regierungsrates, zum 159. Bericht des Appellationsgerichts, zum 18. Bericht des Ombudsman und über besondere Wahrnehmungen. | | 06.5251.02
06.5251.03 |
| 28. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Alexander Gröflin betreffend Berufsbildung in der Kantonalen Verwaltung. | FD | 06.5308.02 |
| 29. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Thomas Mall betreffend Trinkwasserversorgung. | BD | 06.5279.02 |
| 30. | Rücktritt per 31. März 2007 von Markus G. Ritter als Mitglied des Erziehungsrates Basel-Stadt. (Auf den Tisch des Hauses) | | 07.5010.01 |
| 31. | Rücktritt per 31. Januar 2007 von Brigitte Strondl als Mitglied der Petitionskommission. (Auf den Tisch des Hauses) | | 07.5019.01 |
| 32. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend Erneuerung der Bausubstanz – neue und grössere Wohnungen für Basel (stehen lassen). | BD | 04.8049.02 |
| 33. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Paul Roniger und Konsorten betreffend Gebührenerhebungen im Kanton Basel-Stadt (stehen lassen). | FD | 04.8064.02 |
| 34. | Bericht der Begnadigungskommission über die Ablehnung eines Begnadigungsgesuches (Nr. 1668). | | BegnKo |
| 35. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Andreas Ungricht betreffend besseren Trainingsraum für Schwinger und Jungschwinger. | ED | 06.5274.02 |
| 36. | Rücktritt per 28. Februar 2007 von Edith Buxtorf-Hosch als Mitglied des Grossen Rates. (Auf den Tisch des Hauses) | | 07.5025.01 |
| 37. | Rücktritt per 28. Februar 2007 von Margrith von Felten als Mitglied des Grossen Rates. (Auf den Tisch des Hauses) | | 07.5039.01 |

Anhang B: Neue Vorstösse

Anzüge

a) Anzug betreffend CO₂-Reduktion beim Gebäudepark

07.5002.01

Durch die bessere Bewirtschaftung der Raumwärme und der Gebäudeklimatisierung kann ein wesentlicher Beitrag zur individuellen CO₂-Reduktion geleistet werden.

Das Ziel der Massnahmen im Bereich Raumwärme ist in erster Linie eine bessere Nutzung der eingesetzten Heizenergie durch verbesserte Isolation und effizientere Heizsysteme.

Vor allem bei der bestehenden Bausubstanz müssen vermehrt Sanierungen von Gebäudehüllen, Modernisierungen von Wärme erzeugenden Apparaten sowie Verbesserungen im Bereich der Energieverbrauchssteuerung vorgenommen werden.

Eigentümer von Mietwohnungen haben heute keine Anreize, die Sanierungen durchzuführen, weil die Nebenkosten auf die Mieter überwältigt werden können, Investitionen jedoch nicht.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und berichten,

- ob eine möglichst rasche Änderung der gesetzlichen Grundlagen des Baubewilligungsverfahrens für eine Verbesserung der CO₂-Bilanz der Bausubstanz möglich ist, damit Bauten, welche den aktuellen Energiestandard unterschreiten, von einer höheren Ausnutzungsziffer der Parzellenfläche profitieren.

Urs Schweizer, Christian Egeler, Christophe Haller, Daniel Stolz, Christine Locher-Hoch, Emmanuel Ullmann, Arthur Marti, Bruno Mazzotti, Ernst Mutschler, Markus G. Ritter, Peter Malama, Baschi Dürr

b) Anzug betreffend flankierende Massnahmen zur Zollfreien Strasse

07.5009.01

Im Jahr 2009 wird zwischen Lörrach und Weil die Zollfreie Strasse dem Verkehr übergeben. In Riehen erhofft man sich, dass diese Umfahrungsstrasse zu einer merklichen Reduktion des Durchgangsverkehrs führen wird.

Dieser Effekt trifft aber nur ein, wenn das bestehende Strassennetz entsprechend angepasst wird. Der Einwohnerrat von Riehen hat deshalb an seiner Sitzung vom 26. Oktober 2006 mit der Verabschiedung des Leistungsauftrags 8 (Allmend und Verkehr) die Gemeindeexekutive beauftragt, flankierende Massnahmen zur Zollfreien Strasse so zu planen, dass sie nach der Inbetriebnahme der Umfahrungsstrasse unverzüglich umgesetzt werden können.

Die Einflussmöglichkeiten der Gemeindebehörden sind in dieser Sache allerdings stark beschränkt, handelt es sich doch bei der Durchgangssache durch Riehen (Lörracherstrasse-Baselstrasse-Aeuss. Baselstrasse, resp. Bäumlhofstrasse) um Kantonsstrassen.

Die unterzeichnenden Mitglieder des Kantonsparlaments erwarten deshalb vom Kanton, dass er die Gemeinde Riehen beim Erreichen des Ziels nachhaltige Reduktion des Durchgangsverkehrs ab Eröffnung der Zollfreien Strasse unterstützt.

Sie bitten deshalb den Regierungsrat,

- in Zusammenarbeit mit den Behörden der Gemeinde Riehen sowie in Absprache mit denjenigen des Landkreises Lörrach ein Projekt mit baulichen, organisatorischen und verkehrstechnischen Massnahmen auszuarbeiten, die Finanzierung sicherzustellen und so umzusetzen, dass das Ziel einer nachhaltigen Reduktion des Durchgangsverkehrs unmittelbar nach der Eröffnung der Zollfreien Strasse erreicht werden kann.

Roland Engeler-Ohnemus, Annemarie Pfeifer, Thomas Grossenbacher, Rolf von Aarburg, Heinrich Ueberwasser, Guido Vogel, Anita Lachenmeier-Thüring, Helen Schai-Zigerlig, Michael Martig, Jörg Vitelli, Beat Jans, Michael Wüthrich, Urs Joerg, Stephan Maurer, Sabine Suter, Christian Egeler

c) Anzug betreffend Schutz vor Gewalt und sexuellen Übergriffen an Kindern

07.5012.01

In letzter Zeit ist in der Öffentlichkeit häufig über sexuelle Gewalt an und unter Kindern und Jugendlichen berichtet worden. Auch in Basel erregte ein sexueller Übergriff Aufmerksamkeit, über den erst 2 Monate nach dem Vorfall berichtet wurde. Aus den Ausführungen des zuständigen Regierungsrats entnehme ich, dass es im Problemkreis

von sexuellen Übergriffen und Gewalt an den Schulen noch Lücken gibt. Das Vorgehen sei nicht flächendeckend klar geregelt und vorhandene Präventionsprojekte noch nicht genügend bekannt oder koordiniert.

Fachleute warnen immer wieder vor den negativen Einflüssen von Handy und Internet. So ist ein Handyverbot an den Schulen immer wieder ein Thema.

Das Thema Gewaltprävention und Übergriffe wird auch in andern Kantonen aktiv bearbeitet. So hat beispielsweise die Primarschulgemeinde Frauenfeld (www.schulen.frauenfeld.ch) schon im Sommer 2004 entschieden, alle Kinder ab Stufe Kindergarten bis 6. Schuljahr durch die Fachstelle PräviTa (www.praevita.ch) für dieses Thema zu sensibilisieren.

Schwerpunkte sind: Handeln bei Verdacht: Erstellen eines Ablaufschemas für Lehrpersonen und Schulleitungen im Verdachtsfall. Schulung für Kinder: Workshops für Kinder mit dem Ziel der Stärkung des Selbstbewusstseins und Verhinderung von Missbrauch. Dabei wurden auch die Eltern einbezogen. Nachhaltige Prävention: Der Versuch wird evaluiert und eine längerfristige Präventionsarbeit wird geprüft.

Der oben beschriebene Fall zeigt, dass auch in Basel Handlungsbedarf besteht im Umgang mit sexuellen Übergriffen und Gewalt an den Schulen. Diese Thematik kann aber nur gemeinsam mit den Eltern angegangen werden. Ich bitte deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten

- Wie er das bereits bestehende gute Angebot besser vernetzen und auf allen Stufen bekannt machen kann
- Ob er gewillt ist, in den Schulen und Kindergärten stufengerecht das Thema Gewalt und insbesondere sexuelle Gewalt im Unterricht einzubringen, möglichst mit Einbezug der Eltern
- Welche Möglichkeiten er sieht, die Eltern in ihrer Erziehungsrolle zu unterstützen, gerade auch im verantwortungsvollen Umgang mit Handys und dem Internet, allenfalls als Teil der Kampagne „Stark durch Erziehung“
- Welche Massnahmen er in den Schulen trifft zum verantwortungsvollen Umgang mit Handys
- Ob er bereit ist, eine interdisziplinäre und interdepartementale Taskforce einzusetzen, welche im Krisenfall gezielt und professionell in Aktion treten kann.

Annemarie Pfeifer, Esther Weber Lehner, Désirée Braun, Heinrich Ueberwasser, Guido Vogel,
Heidi Mück, Hansjörg Wirz

d) Anzug betreffend Dringlichkeit von Gleiserneuerungen und Werkleitungersatz

07.5013.01

Bauvorhaben im öffentlichen Strassenraum sind jeweils für die Anwohner und Strassenbenutzer eine meist unangenehme Situation mit entsprechenden Auswirkungen auf das tägliche Leben. Es ist daher begrüssenswert, wenn Bauvorhaben am selben Ort möglichst zusammen koordiniert und durchgeführt werden. Diese Zusammenarbeit klappte in den letzten Jahren auch meist gut. Insbesondere das Baudepartement und die staatseigenen Betriebe IWB und BVB pflegen eine enge Zusammenarbeit, die allerdings bei staatseigenen Betrieben auch vorausgesetzt werden muss. Bei diesen Arbeiten handelt es sich schliesslich auch meist um Jahre vorausplanbare Instandhaltungsarbeiten.

In den letzten Jahren wurden dem Grosse Rat aber nun mehrere Projekte vorgelegt, bei denen diese Koordination eine eigentliche Diskussion über Lösungsvarianten verunmöglicht hat. So war zum Beispiel beim Wettsteinplatz, bei der Umgestaltung der Clarastrasse sowie nun beim Karl-Barth-Platz die Dringlichkeit einer Gleiserneuerung durch die BVB ein wesentliches Argument, einen Ausgabenbericht nicht zurückzuweisen um ein geändertes Projekt zu verlangen. Die BVB gaben in all diesen Fällen an, dass der Gleisersatz so dringend ist, dass der weitere Betrieb an diesem Ort nicht mehr auf den alten Gleisen durchgeführt werden könnte. Ein vorzeitiger Ersatz der Gleise würde dann die heutige Situation für die nächsten 20 Jahre vorgeben bzw. nicht vertretbare Zusatzkosten generieren.

Da der Ersatz von Gleisanlagen wie auch von Werkleitungen eine langjährig planbare Aufgabe ist, sollte in unserem politischen System eine Diskussion über Lösungsvarianten möglich sein.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und berichten,

- weshalb bei vielen Projekten diese Dringlichkeit vorliegt,
- ob eine Verzögerung der koordinierten Bauvorhaben von ein paar Monaten tatsächlich nicht möglich ist, weil sie zu Betriebseinschränkungen oder gar Betriebseinstellungen der BVB führt resp. nicht vertretbare Mehrkosten die Folge sind,
- ob die BVB und die IWB (sowie weitere Werkleitungseigentümer) das Baudepartement rechtzeitig über die langjährig geplanten Bauvorhaben informieren,
- wie das heutige Vorgehen auch auf politischer Seite verbessert werden kann, damit solche Entscheidungseinigungen verkleinert werden können.

Christian Egeler, Christoph Wydler, Peter Zinkernagel, Stephan Gassmann, Eduard Rutschmann,
Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Jörg Vitelli, Brigitte Strondl

e) Anzug zur Anwendung des Planungsanzugs auf das ÖV-Programm

07.5020.01

Das ÖV-Programm beschreibt die Grundsätze der Angebots- und Infrastrukturplanung im öffentlichen Verkehr des Kantons Basel-Stadt. Es handelt sich um ein Planungsdokument der Regierung, das vom Grossen Rat zu genehmigen ist und Grundlage bildet für die jährlichen Leistungsvereinbarungen mit externen Leistungserbringern und das entsprechende jährliche ÖV-Budget. Das ÖV-Programm kann als Spezial-Politikplan für den ÖV-Bereich bezeichnet werden, auch wenn es dem Grossen Rat nur alle 4 Jahre vorgelegt wird.

Im Gegensatz zum Politikplan hat der Grosse Rat beim ÖV-Programm keine griffigen Instrumente zur Einflussnahme, wenn er mit der vom Regierungsrat vorgegebenen Planung in einem ÖV-Bereich nicht einverstanden ist. Er kann das ÖV-Programm nur als Ganzes zurückweisen, ein direktes Antrags- und Änderungsrecht in der Grossratsdebatte gibt es nicht. Aufgrund der Natur der komplexen Planung ist dies nachvollziehbar und soll nicht in Frage gestellt werden. Es wäre jedoch strukturell und politisch richtig, wenn das Parlament wie beim Politikplan mit dem Planungsanzug die Regierung beauftragen könnte, ein bestimmtes Anliegen im nächsten ÖV-Programm aufzunehmen. Falls er dem Planungsbegehren nicht entsprechen will, muss der Regierungsrat zusammen mit dem ÖV-Programm Bericht erstatten.

Die Anzugstellerin und der Anzugsteller möchten mit diesem Anzug initiieren, dass die §§ 46 und 47 der Geschäftsordnung des Grossen Rates so angepasst werden, dass mittels Planungsanzug künftig auch Änderungen des ÖV-Programms beantragt werden können. Geeignet zur Erarbeitung einer Vorlage erscheint uns die "Spezialkommission für die Umsetzung der den Grossen Rat betreffenden Bestimmungen der neuen Kantonsverfassung", da diese bereits die letzte Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates vorbereitet hatte.

Gabi Mächler, Jürg Stöcklin

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 1 betreffend dem vorläufigen Abbruch des Bohrturms und die "Denkpause" für das ganze Projekt Deep Heat Mining In Basel (Kleinhüningen)

06.5401.01

Gemäss Medienmitteilung vom 21.12.2006 hat die Geopower Basel eine „Änderung des Projektverlaufs“ beschlossen. Der Inhalt der Medienmitteilung wird als bekannt vorausgesetzt, ebenso die Aussagen des Geschäftsführers der Geopower Basel AG in der Telebasel-Sendung „7vor7“ vom 21.12.06.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Nach dem stärksten Beben machten Aussagen der Vorsteherin des Baudepartements den Eindruck, es handle sich allenfalls um ein Informationsproblem gegenüber der Bevölkerung. Gibt es jetzt also doch objektive Gründe, die zeigen, dass die Zweifel weiter Kreise der Bevölkerung an der Sicherheit des Deep Heat Mining-Projekts in Kleinhüningen ernst zu nehmen sind, weil es zu viele technische Probleme und Gefahren gibt?
2. Die Änderung des Projektablaufs soll es ermöglichen, die vorliegenden Daten aus der ersten Simulationsphase, welche offenbar die Aufzeichnung von 12'000 kleinsten und kleinen Erschütterungen umfasst, zu analysieren. Warum bedeutet dies eine Änderung des Projektablaufs? War diese Analyse ursprünglich nicht geplant? Oder waren die 12'000 Erschütterungen unerwartet?
3. Stimmt es, dass weder die Polizeiposten noch die Gemeindeverwaltung Riehen, wie dies der Gemeinderat der Einwohnergemeinde Riehen in einer Interpellationsbeantwortung am 20. Dezember 2006 bestätigte, über die dem Regierungsrat bekannte Erdbebengefahr vororientiert wurden? Konnten nur in Riehen die Behörden der besorgten Bevölkerung keine direkte Auskunft erteilen? Waren (nur) die Behörden und Polizeiposten ausserhalb Riehens vorinformiert?
4. Die Einpressung von Wasser wurde vor dem Erdbeben mit der Stärke 3,4 (8. Dezember) gestoppt. Stimmt es, dass dies aufgrund einer Intervention von Seiten der Industrie geschah? Welche Bedenken wurden geltend gemacht?
5. Gingen dem Verwaltungsratsentscheid der Geopower Basel eine vertiefte Beratung und ein entsprechender Entscheid des baselstädtischen Regierungsratskollegiums voraus? Wie ist der Fahrplan für die weiteren Entscheidungen über die Fortführung des Projekts? Gibt es für Deep Heat Mining eine Zukunft, wenn wie vom Leiter des Schweizerischen Erdbebendienstes, Prof. Domenico Giardini, gegenüber der Basler Zeitung (BaZ 12.12.06) bestätigt, nicht ausgeschlossen werden kann, dass Deep Heat Mining in der Region Basel ein Erdbeben über der Stärke 5 auslöst?

6. Wie hoch sind die Kosten des Abbruchs des Bohrturms bzw. sogar des ganzen Projekts für den Kanton Basel-Stadt?
7. Wieviele Arbeitsplätze, die mit dem Deep Heat Mining-Projekt zusammenhängen, sind vom vorläufigen Abbruch betroffen? Wie lange sind die Kündigungsfristen? Gibt es einen Sozialplan?

Heinrich Ueberwasser

b) Interpellation Nr. 2 betreffend verfassungsrechtliches Öffentlichkeitsprinzip und Geheimhaltung von Expertenberichten zu den Erdbeben in Basel

07.5015.01

Die neue Kantonsverfassung statuiert in § 75 Abs. 2 das Öffentlichkeitsprinzip: „Das Recht auf Einsicht in amtliche Akten besteht, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.“

Im Nachgang zu den Erdbeben aufgrund der Geothermiebohrungen liess der Regierungsrat einen Bericht der Geopower Basel AG erstellen. Zahlreiche Privatpersonen und die Liberal-demokratische Partei haben die umgehende Veröffentlichung dieses Berichtes verlangt. Der Regierungsrat lehnt die Veröffentlichung gemäss einer Medienmitteilung vom 16. Januar 2007 ab, da die „unkommentierte Publikation“ des Berichtes „die Verunsicherung und die offenen Fragen nicht zu beseitigen vermag“. Eine vollumfängliche Veröffentlichung wird ohne Zeitangabe lediglich in Aussicht gestellt.

Ich erlaube mir, dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

1. Welches öffentliche oder private Interesse gemäss § 75 Abs. 2 Kantonsverfassung überwiegt nach Ansicht des Regierungsrats das beträchtliche Informationsinteresse einer breiten Öffentlichkeit an der schnellen Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes?
2. Wie kommt der Regierungsrat zu der Auffassung, dass ein Zuwarten mit dem Veröffentlichenden von Berichten besser geeignet ist, die Verunsicherung in der Bevölkerung zu mildern, als eine umgehende und vollständige Transparenz?
3. Gedenkt der Regierungsrat, dem Grossen Rat eine gesetzliche Konkretisierung von § 75 Kantonsverfassung vorzuschlagen und, falls ja, wann ist mit einer solchen Vorlage zu rechnen?

Conradin Cramer

c) Interpellation Nr. 3 betreffend Auswirkungen für das Kabelnetz Basel im Zusammenhang mit der Löschung von Fernsehsendern durch die Cablecom

07.5016.01

In den letzten Wochen wurde bekannt, dass die Cablecom beliebte Fernsehsender wie ORF 1, WDR und n-tv, aber auch Sender wie RAI 1 aus dem analogen TV-Netz kippen will. Neu sind diese Sender nur noch über das teure digitale Angebot zu empfangen. Zur monatlichen Gebühr muss der Fernsehkonsument einen speziellen Decoder kaufen, damit er das digitale Netz empfangen kann.

Auch in Basel-Stadt sind viele Bewohner gewollt oder ungewollt von den ärgerlichen Plänen der Cablecom betroffen, wie befürchtet auch alle Benutzer der Stiftung Kabelnetz Basel. Im Ausschuss dieser Stiftung ist der Kanton Basel-Stadt vertreten und kann entsprechend Einfluss nehmen, denn Änderungen beim Kabelnetz müssen vom Stiftungsrat oder in Einzelfällen vom Stiftungsratsausschuss genehmigt werden.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist die Firma Cablecom bereits mit einer Anfrage oder einem Antrag zur Abschaltung von Fernsehsender des analogen Netzes an den Stiftungsrat Kabelnetz Basel gelangt?
2. Wenn ja, um welche Sender handelt es sich?
3. Ist die Regierung bereit, sich als Mitglied des Stiftungsrats-Ausschusses Kabelnetz Basel gegen eine allfällige Abschaltung beliebter Fernsehsender wie ORF 1, WDR, n-tv, RAI 1 usw. aus dem analogen TV-Angebot einzusetzen?
4. Welche Mittel sieht die Regierung, damit die konsumentenunfreundliche Strategie der Firma Cablecom in Basel-Stadt nicht umgesetzt werden kann?
5. Kann sich die Regierung vorstellen, im Extremfall als Mitglied der Stiftung Kabelnetz Basel den Antrag einzubringen, die Zusammenarbeit mit der Firma Cablecom aufzukündigen und einen anderen Anbieter zu berücksichtigen?

Stephan Gassmann

d) Interpellation Nr. 4 betreffend Stärkung des Wirtschaftsraums Nord-Nordwestschweiz durch verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und intensiviere interkantonale Zusammenarbeit

07.5018.01

Die Kantone Aargau, Basel-Stadt, Baselland, Schaffhausen, Solothurn und Zürich bilden das Herz des schweizerischen Wirtschaftsgebietes. Die FDP Fraktionen der Legislativen der vorgenannten Kantone streben in wirtschaftspolitischen Fragen eine engere Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinaus an und reichen deshalb ähnlichlautende Vorstösse in ihren jeweiligen Parlamenten ein.

Ziel der Strategie der verbesserten Zusammenarbeit müssen folgerichtig Massnahmen sein, welche die interkantonale Zusammenarbeit stärken und welche die Nord-Nordwestschweiz interkantonale und international als fortschrittlichen Standort mit liberalen Rahmenbedingungen positionieren. Dazu muss die Nord-Nordwestschweiz innerhalb der politischen Schweiz das ihrer Potenz entsprechende Gewicht erhalten; dies gelingt nur, in dem in wesentlichen Bereichen die Politik über die Kantonsgrenzen hinweg besser abgestimmt wird.

Die Kantonsgrenzen schaffen heute künstliche Hindernisse, welche die Entwicklung einer globalisierten Wirtschaft hemmen und bremsen. Durch vermehrte Abstimmung der Politik der Regierungen und Parlamente soll das heute uneinheitliche Auftreten gegenüber andern Kantonen und der Eidgenossenschaft überwunden werden und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, damit wichtige Anliegen national und international vermehrt durchgesetzt werden können.

Die Kleinräumigkeit stellt ebenso bei der Vermarktung dieser Region als Arbeitsplatz grosse Hindernisse. Notwendig ist daher, dass die kantonalen Wirtschaftspolitiken der Nord-Nordwestschweiz verstärkt nach liberalen ordnungspolitischen Kriterien ausgerichtet werden. In erster Linie sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu optimieren. Dazu gehört die Stärkung des freien Wettbewerbs, die Verhinderung durch Wettbewerbsverzerrungen (ungerechtfertigte Bevorzugung von einzelnen Wirtschaftsbetrieben durch steuerliche Massnahmen) sowie die Entstaatlichung von teilweise kantonal geregelten Monopolunternehmen.

Die FDP Fraktionen der Kantonsparlamente von Aargau, Basel-Stadt, Baselland, Schaffhausen, Solothurn und Zürich sind der festen Überzeugung, dass die verbesserte wirtschaftspolitische Zusammenarbeit den Gestaltungsspielraum der Kantone vergrössert und ein mittelfristig grösseres Wirtschaftswachstum bewirkt. Davon profitieren nicht nur diese Kantone, sondern die gesamte Schweiz. Eine Zusammenarbeit auf wirtschafts-politischem Gebiet über die Kantonsgrenzen hinaus wird unserem Land neue und positive Impulse geben.

Die führende Rolle des Wirtschaftsraums Nord-Nordwestschweiz soll deshalb ausgebaut werden. Dazu sind durch die Kantonsregierungen von Aargau, Basel-Stadt, Baselland, Schaffhausen, Solothurn und Zürich die notwendigen Massnahmen miteinander abzustimmen, um die Bedeutung und Durchsetzungskraft der für den Wohlstand der Schweiz wichtigsten Wirtschaftsregion in der Eidgenossenschaft zu stärken. Ebenfalls ist eine durch die genannten Kantonsregierungen gemeinsam auf liberalen Prinzipien basierende Wirtschaftswachstumspolitik zu realisieren, welche die interkantonale und internationale Wettbewerbssituation in den genannten Kantonen stärkt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- a) Erachtet der Regierungsrat die aktuelle wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Nord-Nordwestschweizer Kantone als genügend oder sieht er noch Optimierungsbedarf?
- b) Ist der Regierungsrat bereit, die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den anderen, wirtschaftsstarken Kantonen der Nord-Nordwestschweiz zu optimieren, um das Gewicht der Nord-Nordwestschweiz bei der Entwicklung der Schweiz und in der Schweizer Bundespolitik generell zu stärken?
- c) Ist der Regierungsrat bereit, eine auf liberalen Prinzipien basierende Wirtschaftswachstumspolitik zusammen mit den anderen Nord-Nordwestschweizer Kantonen zu entwickeln und in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) entsprechend einzubringen?
- d) Ist der Regierungsrat bereit, die Wirtschaftsregion Nord-Nordwestschweiz durch die Einführung des freien Wettbewerbs zu stärken und damit die Wettbewerbssituation der Kantone Aargau, Basel-Stadt, Baselland, Schaffhausen, Solothurn und Zürich generell zu verbessern?
- e) Ist der Regierungsrat bereit, die Wirtschaftsregion Nord-Nordwestschweiz durch den Abbau von administrativen Hürden wie durch die Liberalisierung bzw. Wegfall von Zutrittsschranken zu verschiedenen Berufen und den Abbau unnötiger Bewilligungen zu stärken und damit die Wettbewerbssituation der Kantone Aargau, Basel-Stadt, Baselland, Schaffhausen, Solothurn und Zürich generell zu verbessern?
- f) Ist der Regierungsrat bereit, die Wirtschaftsregion Nord-Nordwestschweiz durch den Abbau und Aufhebung wettbewerbsverzerrender Regulierungen wie der ungerechtfertigten Bevorzugung von einzelnen Wirtschaftsbetrieben durch steuerliche Massnahmen zu stärken und damit die Wettbewerbssituation der Kantone Aargau, Basel-Stadt, Baselland, Schaffhausen, Solothurn und Zürich generell zu verbessern?
- g) Ist der Regierungsrat bereit, die Wirtschaftsregion Nord-Nordwestschweiz zu stärken durch die Entstaatlichung von kantonal geregelten Monopolunternehmen und damit die Wettbewerbssituation der Kantone Aargau, Basel-Stadt, Baselland, Schaffhausen, Solothurn und Zürich generell zu verbessern?
- h) Ist der Regierungsrat bereit, gemeinsam mit den Kantonsregierungen von Aargau, Baselland, Schaffhausen, Solothurn und Zürich sich beim Bund für eine verstärkte Bundesunterstützung in den Bereichen Infrastruktur und Ausbildung in der Wirtschaftsregion Nord-Nordwestschweiz einzusetzen?

Christoph Haller

e) Interpellation Nr. 5 betreffend Velo-, Mofa- und Rollerparkzonen

07.5024.01

Überall im Kanton Basel-Stadt werden weisse Velo-, Mofa- und Rollerparkzonen in reine Veloparkzonen umfunktioniert. Um dies zu garantieren, werden dafür Abstellrahmen für Velos an den ehemaligen Zwei-Räderparkplätzen verankert. In der Stadthausgasse ist ein solches Gestell zu besichtigen.

Diese Massnahme stösst bei vielen Velofahrerinnen und -fahrern auf wenig Gegenliebe, denn das Einstellen der Velos ist lästig und zeitraubend. Zudem finden weniger Velos nebeneinander Platz.

Richtig verärgert sind Mofa- und Rollerfahrerinnen und -fahrer. Diese können ihr Gefährt nicht mehr an gewohnter Stelle abstellen und sind gezwungen, woanders zu parkieren, zum Beispiel auf dem Trottoir.

Hinsichtlich des Finanzaufwandes und der Raum-Effizienz lassen die Umbauten erhebliche Zweifel aufkommen.

Deshalb wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- Ist diese Massnahme zweckmässig?
- Wie viel weniger Platz für Velos in Veloparkzonen mit Abstellrahmen im Vergleich zu konventionellen Velo-, Mofa- und Rollerparkplatzzonen besteht?
- Können die Umbauten gestoppt und rückgängig gemacht werden?
- Sieht das Konzept eine Ersetzung der aufgehobenen Mofa- und Rollerparkzonen vor ?

Alexander Gröflin

f) Interpellation Nr. 6 betreffend 491 erstellter WB-Rapporte der Kantonspolizei

07.5027.01

Wirtschaftsbetriebe unterstehen dem Gastwirtschaftsgesetz. Dieses regelt die allgemeinen Betriebsvorschriften. Findet die Polizei, routinemässig oder nach Beschwerden von betroffenen Anwohnern etc., es seien Verstösse gegen diese Vorschriften begangen worden, wird durch die Beamten ein „Rapport Wirtschaftsbetriebe WB“ erstellt. Dies betrifft insbesondere Verstösse bei:

- Lärm
- Schlägereien
- Überhocken
- Verbotenem Glücksspiel
- Prostitution
- Schiessereien
- Messerstechereien

Dieser, von der Polizeimannschaft erstellte Rapport, bildet danach die Basis für die weitere Behandlung des Verstosses, sei dies in Form einer Verzeigung oder Verwarnung.

In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

- Ist es korrekt, dass in der Zeit vom 1.1. – 31.12.2006 die Zahl von 491 WB-Rapporten durch die Polizistinnen und Polizisten der Kantonspolizei Basel Stadt erstellt wurden?
- Wie verteilen sich diese auf die vier städtischen Polizeiwachen und Riehen/Bettingen?
- Ist es richtig, dass davon nur ein einziger Rapport, ein Lokal in der Webergasse betreffend, weiter verfolgt/abgehandelt wurde?
- Was geschah in den übrigen Fällen?
- Wer hat diese Entscheidungen getroffen und basierend auf welchen Grundlagen?
- Wie gross ist der ungefähre zeitliche Aufwand zur Erstellung von fast 500 Rapporten?
- Wie gross ist der finanzielle Ausfall durch die nicht ausgeführten Verzeigungen?
- Wie beurteilt der RR den Motivationsverlust, speziell bei jüngeren Polizisten, die einen Verstoss feststellen, den nötigen Rapport ausstellen, danach aber eine Konsequenz für den betroffenen Betrieb ausbleibt?
- Es sei mehrmals vorgekommen, dass Polizisten beim Auftauchen, in gewissen Gaststätten/Etablissements bereits ausgelacht wurden. Dies im Wissen, dass eine Konsequenz ausbleibt. Ist dies wirklich geschehen?

Claude François Beranek

Schriftliche Anfrage

a) **Schriftliche Anfrage betreffend Langsamverkehr während und nach der Euro 08**

07.5031.01

Für die Besucher der EURO 08 wird in Basel ein Fan-Boulevard eingerichtet. Auf 3,2 Kilometern vom Bahnhof SBB bis zum Badischen Bahnhof sollen die Fans aus ganz Europa durch die Stadt geleitet werden. Grossleinwände sind auf dem Messeplatz, bei der Mittleren Brücke und der Kaserne vorgesehen - aber auch andere Standorte wie der Barfüsserplatz oder der Marktplatz sind noch im Gespräch. Basel rechnet mit täglich bis zu 50 000 Fussball-Fans.

Ich bitte darum die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist sichergestellt, dass die bestehenden öV- und Langsamverkehrsverbindungen auch während der Euro 08 für die "NormalgebraucherInnen" gewährleistet sind?
2. Spricht etwas zwingend dagegen, den Fan-Boulevard für VelofahrerInnen zu öffnen?
3. Können während der Euro 08 für den Langsamverkehr zusätzlich geöffnete Routen und Fahrtrichtungen anschliessend im Normalbetrieb beibehalten werden?
4. Sind zu oben genannten Anliegen bereits Abklärungen im Gange? Wenn ja, durch wen und wann sind erste Resultate zu erwarten? Wenn nein, spricht etwas zwingend gegen solche Abklärungen?

Michael Wüthrich